Deutsche Zustände

Folge 9

Herausgegeben von

Wilhelm Heitmeyer

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2616

In der Reihe *Deutsche Zustände* werden die Ergebnisse einer Langzeitstudie zu Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* publiziert. Dieses Syndrom umfaßt Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, die Abwertung von Obdachlosen, Homosexuellen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen, die Einforderung von Etabliertenvorrechten sowie Islamophobie und Sexismus.
Die Untersuchung dieses Spektrums von Vorurteilen, Abwertung und Diskriminierung wird wie in Folge 8 der *Deutschen Zustände* im Kontext der Finanz-, Wirtschafts- und Fiskalkrise untersucht, gestützt durch den Vergleich mit anderen Ländern und ergänzt um lokale Analysen werden die Ursachen von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* beleuchtet. Dabei werden Aggressionspotentiale ebenso untersucht wie Gerechtigkeitsvorstellungen und Gewaltbereitschaft.
Wilhelm Heitmeyer leitet das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Deutsche Zustände

Folge 9

Herausgegeben von
Wilhelm Heitmeyer

Suhrkamp

edition suhrkamp 2616
Erste Auflage 2010
© Suhrkamp Verlag Berlin 2010
Originalausgabe
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der
Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Satz: Jung Crossmedia Publishing, Lahnau
Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim
Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-12616-5

1 2 3 4 5 – 14 13 12 11 10

Inhalt

Vorwort

Deutsche Zustände
Das Ende eines unruhigen Jahrzehnts 9

I. Das Problem

Wilhelm Heitmeyer
Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten,
Entsolidarisierung und *Gruppenbezogene*
Menschenfeindlichkeit 13

II. Ergebnisse zu internationalen und lokalen Kontexten

Andreas Zick/Beate Küpper/Hinna Wolf
Wie feindselig ist Europa? Ausmaße *Gruppenbezogener*
Menschenfeindlichkeit in acht Ländern 39

Julia Marth/Andreas Grau/Sandra Legge
Fremdenfeindlichkeit: Warum der lokale Kontext
einen Unterschied macht 61

III. Analysen im Kontext von Krisen

Beate Küpper/Andreas Zick
Macht Armut menschenfeindlich?
Zusammenhänge in acht europäischen Ländern 84

Andreas Zick/Andreas Hövermann
Keine Rücksicht auf Fremde und Hilfeempfänger.
Die Folgen der Krisenbedrohung für die
Entsolidarisierung 106

Anna Klein/Andreas Zick
Abwertung im Namen der Gerechtigkeit 120

Eva Groß/Julia Gundlach/Wilhelm Heitmeyer
Die Ökonomisierung der Gesellschaft.
Ein Nährboden für Menschenfeindlichkeit in
oberen Status- und Einkommensgruppen 138

Eva Groß/Jürgen Mansel/Daniela Krause
Wenn soziale Beziehungen nachrangig werden.
Gewaltbereitschaft als Folge bindungsloser Flexibilität 158

IV. Fallgeschichten

Anknüpfungspunkt: Rechtsextremismus 178

Claudia Luzar/Olaf Sundermeyer
Gewaltige Energie. Dortmund als
Hochburg der Autonomen Nationalisten 179

Dierk Borstel
Zwischen Idyll und Asche. Das brennende Haus
der Demokratie in Zossen 190

Anknüpfungspunkt: Abwertung von Obdachlosen 202

Jutta Herms
»Keine Almosen, bitte.« Innenansichten der
Berliner Straßenzeitungsverkäufer-Szene..... 203

Anknüpfungspunkt: Islamfeindlichkeit 212

Carolin Emcke
Der verdoppelte Haß der modernen Islamfeindlichkeit 214

V. Arbeitslosigkeit

Anknüpfungspunkt: Arbeitslosigkeit und ihre Folgen 227

Benedikt G. Rogge/Thomas Kieselbach
Alltagszeit in der Arbeitslosigkeit:
ein »tragisches Geschenk«? 228

VI. Die Rolle der Eliten

Anknüpfungspunkt: Eliten 241

Heribert Prantl
Elite, Dekadenz und Demokratie 243

Albrecht von Lucke
Eindringende Eiszeiten. Der neue Jargon
der Verachtung 257

Michael Hartmann
Klassenkampf von oben. Die gezielte
soziale Desintegration 267

Martin Schubert/Alexander Köcher
»Politkasper«, »Westprofessoren« und
lokale Eliten: Die Debatte um den Namen der
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 278

VII. Das ambivalente Agieren in Politik, Staat und Gesellschaft

Focus: Politik 293

Klaus Dörre
Hartz-Kapitalismus. Vom erfolgreichen Scheitern
der jüngsten Arbeitsmarktreformen..... 294

Focus: Gesellschaft 306

Rainer Strobl/Olaf Lobermeier
Wie schafft man demokratische Kultur?
Netzwerke zwischen erfolgreicher Intervention
und wirkungslosem Aktionismus 307

VIII. Interview

»Was bringen die nächsten Krisenwellen
für den sozialen Zusammenhalt?«
Der Wirtschaftsethiker Friedhelm Hengsbach
im Interview mit Gunter Hofmann (*Die Zeit*) und
Wilhelm Heitmeyer 319

Die Autorinnen und Autoren 342

Deutsche Zustände
Verzeichnis der empirischen GMF-Analysen
in den Folgen 1 bis 8 344

Vorwort
Deutsche Zustände
Das Ende eines unruhigen Jahrzehnts

Mit dem Jahr 2010 ist das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu Ende gegangen. Die Dekade war in mehrfacher Hinsicht von Krisen geprägt. Gleich zu ihrem Beginn, im Jahr 2001, rückte mit dem 11. September der Islam in den Mittelpunkt der weltweiten Aufmerksamkeit, die – auch in Deutschland – oft in Kritik und Abwertung umschlug bzw. dies immer noch tut. Das zeigt sich auch in unseren Untersuchungsergebnissen zur generalisierten Islamfeindlichkeit.

Gegen Ende des Jahrzehnts, seit 2008, treten durch den radikalen Kapitalismus, insbesondere den Finanzkapitalismus, produzierte Krisen auf, die ganze Volkswirtschaften in den Abgrund stürzen können. Diese Erschütterungen hinterlassen entsprechend tiefe Spuren, zumal sie von der Regierung auch noch mit einer Politik der offenen und verdeckten Umverteilung zu Lasten sozial Schwacher begleitet werden, was die soziale Spaltung der Gesellschaft weiter vorantreibt. Diese Entwicklung kommt in unseren Daten auch in der Abwertung schwacher, angeblich »nutzloser« Gruppen zum Ausdruck.

Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft gerät so zum Spielball der Ökonomie. Angesichts solcher Auswüchse erheben sogar besonders wohlhabende Bürger ihre Stimme für eine gerechtere Lastenverteilung. Mit der dramatischen Abwendung der Bürger von den Regierenden werden auch die direkten politischen Konsequenzen dieser unsozialen Politik sichtbar, der von ihr erzeugte tiefgreifende Vertrauensverlust führt schließlich zu Substanzverlusten innerhalb des demokratischen Systems. Was bleibt, ist eine Mischung aus Angst, Wut und Zynismus, wobei sich auch immer wieder die Frage stellt, ob und wie sich solche Haltungen artikulieren und gegen wen sie sich richten: gegen Starke oder Schwache, individuell im privaten Alltag oder kollektiv auf der öffentlichen politischen Bühne.

Das ist der Hintergrund, vor dem wir diesen Band konzipiert haben. Neben den krisenbezogenen Analysen für Deutschland setzt diese Folge der *Deutschen Zustände* mit dem Vergleich acht

europäischer Länder einen internationalen Akzent. Lokale Analysen eröffnen darüber hinaus den Blick auf potentielle Handlungsräume, die wir alle haben, wenn es darum geht, im eigenen Verantwortungsbereich etwas gegen »Deutsche Zustände« zu tun.

Ein weiterer Akzent dieser Folge liegt auf der Beobachtung des Agierens der Eliten, die sich in der zynischen Abwertung bestimmter schwacher Gruppen üben, eine »aktivierende«, man könnte auch sagen »peitschende« Politik betreiben oder sich in wertlosen Wertedebatten, getragen von »kostenloser« Moral, ergehen. Was Claus Offe im Interview in Folge 8 als schleichende Verrottung des demokratischen Systems bezeichnet hat, scheint auch in diesem Jahr in den Beiträgen über die Eliten wieder auf.

Dies ist die vorletzte Ausgabe der auf zehn Jahre angelegten Studie zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*, da 2011 die Finanzierung der Bevölkerungsbefragung durch das Stiftungskonsortium unter Federführung der VolkswagenStiftung mit Beteiligung der Freudenberg-Stiftung sowie der Möllgaard-Stiftung auslaufen wird.

Diesen Förderern sind wir schon jetzt zu großem Dank verpflichtet, denn eine zehnjährige Unterstützung bedarf der Risikobereitschaft und des Vertrauens in die wissenschaftlichen Akteure und ist insofern keine Selbstverständlichkeit.

In der zehnten und letzten Folge werden wir dann für den gesamten Untersuchungszeitraum Bilanz ziehen und zusammenfassend über die Entwicklung der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* und ihre vielfältigen Ursachen informieren.

Zu danken ist einmal mehr den Autoren, dem GMF-Team, den studentischen Hilfskräften sowie Wiebke Fiedler-Ebke, Sabine Passon und Ulrike Rogat für die technische Unterstützung.

W. H.

I.

Das Problem

Wilhelm Heitmeyer

Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*

1. Das Konzept

Die Grundkonzeption der seit 2002 laufenden Langzeitstudie zu Ausmaß und Ursachen *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* enthält drei Aspekte: Die Analyse von gesellschaftlichen Zuständen und Entwicklungen wird verbunden mit der Untersuchung der Verarbeitung dieser Trends durch die Menschen und die Auswirkungen auf schwache Gruppen. Von besonderem Interesse ist es, ob sich die Zusammenhänge in Zeiten von Krisen verändern, d. h., ob Abwertungen, Diskriminierungen sowie Ausgrenzungsforderungen zunehmen.

Angesichts der tiefgreifenden ökonomischen, politischen und sozialen Krisen, die das Land spätestens seit Herbst 2008 erfaßt haben, konzentrieren wir uns auf die Auswirkungen für die Qualität des sozialen Zusammenlebens und die politischen Konsequenzen. Zwar deuten im Spätsommer 2010 einige ökonomische Parameter auf eine Erholung bzw. sogar auf einen wirtschaftlichen Aufschwung hin. Da aber die Daten, die das Statistische Bundesamt zum Bruttoinlandsprodukt ermittelt, bereits seit den fünfziger Jahren eine chronische Krise dokumentieren (vgl. Heitmeyer 2010, S. 16), gehen wir davon aus, daß die aktuellen Krisen noch längst nicht überwunden sind. Deshalb haben wir auch in diesem Band den Fokus darauf gerichtet, denn es geht um das Zusammenwirken mehrerer krisenbehafteter Bereiche.

Auch der neunten Folge der *Deutschen Zustände* liegt ein Verständnis von Krisen zugrunde, das vier Stadien unterscheidet (vgl. Heitmeyer 2010, S. 18ff.): (1) die *Finanzkrise* mit ihren dramatischen Konsequenzen für die Bankenwelt, die Debatten über die in diesem System vorherrschenden Risikologiken ausgelöst hat; (2) die *Wirtschaftskrise*, die die arbeitende Bevölkerung und vor allem diejenigen »erfaßt« hat, die von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder anderen prekären Arbeitsverhältnissen betroffen waren und

sind; (3) die *Fiskalkrise* mit ihren weitreichenden Folgen für die öffentlichen Haushalte, die sich wiederum auf die Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastrukturen, auf die Transferleistungen für Hartz-IV-Empfänger etc. auswirken; und (4) die *Gesellschaftskrise*, in der die ökonomischen Probleme möglicherweise auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt durchschlagen und eine Haltung der Entsolidarisierung befördern. Daran könnte sich letztlich auch eine Krise des *politischen Systems* anschließen, falls sich Bundesregierung und Parteien als unfähig erweisen sollten, die Probleme zu lösen und die Krisen in den beschriebenen Bereichen effektiv einzudämmen.

Dieses Stadienkonzept beinhaltet zwei wichtige Überlegungen: Erstens impliziert es eine zeitliche Abfolge, das heißt, ein Krisenbereich »infiziert« den nachfolgenden. Zweitens bedrohen oder erfassen die Entwicklungen in jeder Phase direkt oder indirekt immer weitere Kreise der Bevölkerung. Besonders leiden darunter dann aufgrund ihrer sozialen Stellung bestimmte schwache Gruppen, die zusätzlich durch politische Entscheidungen und eine Umverteilung von unten nach oben belastet werden.

Das Grundkonzept zwingt uns, die drei Komponenten (gesellschaftliche Entwicklungen, subjektive Verarbeitung, Auswirkungen auf schwache Gruppen) immer wieder neu »zusammenzudenken«. Objektiv feststellbare Krisen und dramatische Ereignisse (man denke an das Platzen der US-Immobilienblase, den Zusammenbruch von Banken oder Insolvenzen von Konzernen und Kleinbetrieben, aber auch an die Absenkung staatlicher Transferleistungen) werden individuell auf ganz unterschiedliche Weisen verarbeitet. Wie die Menschen mit solchen Ereignissen umgehen, hängt oft ab von der sozialen Lage und dem Ausmaß der subjektiv wahrgenommenen Bedrohung (»Wie wird sich meine Situation in Zukunft entwickeln?«) bzw. der tatsächlichen Betroffenheit (Arbeitslosigkeit oder »Abrutschen« in Hartz IV). Wie wir im letzten Band zeigen konnten, wirken zwischen diesen drei Aspekten allerdings keine Automatismen. Außerdem läßt sich trotz aller düsteren Prognosen, die Politiker, Journalisten und Wissenschaftler 2009 und 2010 abgegeben haben, noch immer nicht abschließend sagen, welche Gruppen von der Krise bedroht oder betroffen sind bzw. sein werden. Daher haben wir auch in der neunten Folge erhoben, wie die Menschen in Deutschland ihre ökonomische Situation einschätzen, da diese Daten die Grundlage aktueller und zu-

künftiger Analysen zum Zusammenhang zwischen individueller Krisenverarbeitung und der Abwertung schwacher Gruppen darstellen.

Die zentrale Botschaft dieses Beitrags lautet, daß die Dinge sich in den genannten drei Bereichen disparat entwickeln. Dies soll im Folgenden ausgeführt werden, wobei der Fokus auf den Erfahrungen der Menschen und der subjektiven Wahrnehmung der eigenen Lebenslage und Statusposition, der Einschätzung des gesellschaftlichen Zustandes sowie der politischen Situation und den jeweiligen Zusammenhängen mit der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* liegt. Insgesamt geht es uns dabei auch darum, die Qualität des sozialen Zusammenlebens zu beschreiben.

2. Disparate Entwicklungen

Der Finanzsektor und die Wirtschaft insgesamt verzeichnen seit Mitte 2010 zwar wieder wachsende Gewinne, doch die soziale und die politische Krise laufen parallel dazu weiter. Der gemeinsame Nenner ist das Verhältnis unterschiedlicher Instabilitäten, wenn die beschriebenen Krisenstadien betrachtet werden.

Die *Finanzwelt* ist nach wie vor durch eine hohe, allerdings verdeckte *Labilität* gekennzeichnet. So stehen zum Beispiel die sogenannten Streßtests für Banken, die ihre Krisenfestigkeit überprüfen sollen, massiv in der Kritik. Möglicherweise sind es nur öffentlichkeitswirksame Scheinmaßnahmen, um weiter unkontrolliert Gewinne mit Hilfe von staatlichen Rettungshaushalten zu erwirtschaften. Das Paradoxe der diversen Rettungspakete, bei denen unvorstellbare, ja geradezu absurde Summen mobilisiert wurden, besteht darin, daß sie bei den Menschen nicht Optimismus, sondern neue Zukunftsängste auslösen. Der Grund dafür liegt darin, daß bislang überhaupt nicht öffentlich darüber diskutiert wurde, wie es zu diesem massiven Kontrollverlust der Politik zugunsten eines zunehmend autoritären Kapitalismus kommen konnte, und daß niemand garantieren kann, daß so etwas nicht noch einmal passiert. Die Erpressungsrhetorik der Finanzwelt ist aus diesem Grund bis heute intakt geblieben.

Aufgrund der konjunkturellen Erholung haben Vertreter der Regierung die Wirtschaftskrise im Jahr 2010 bereits für beendet erklärt. Die auf den ersten Blick positiven offiziellen Arbeitslosen-

zahlen verschleiern jedoch systematisch das eigentliche Problem: die sozialen Folgen der qualitativen Veränderungen der Arbeitsverhältnisse (insbesondere die wachsende Prekarisierung und die Ausweitung des Niedriglohnsektors), die sich in den letzten Jahren beobachten ließen (vgl. Groß/Mansel/Krause in diesem Band; Offe 2010). Vor allem daran zeigt sich nämlich, wie sehr die Wirtschaftskrise in die Lebensverhältnisse der Menschen eindringt, ihre Ängste bestimmt und soziale Mentalitäten infiziert (vgl. Mansel/Spaiser 2010).

Die *Fiskalkrise* ist inzwischen deutlich sichtbar und aufgrund verschiedener neuer Überwälzungsstrategien der Bundesregierung, die die Kosten auf die Haushalte von Ländern und Kommunen abschiebt, besonders gravierend. Massiv steigende Abgaben für die Bürger gehen einher mit sinkenden Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Kultur, Sport und vor allem in die soziale Versorgung. Dies alles wird politisch begründet mit dem Hinweis auf notwendig gewordene »Sparhaushalte«. Faktisch wird aber, wie Friedhelm Hengsbach im Interview in diesem Band ausführt, eine weitere Umverteilung von unten nach oben vorgenommen. Die im Sommer 2010 präsentierten Pläne des Familienministeriums, Hartz-IV-Familien das Elterngeld zu kürzen, sind Indizien für eine neue, verachtende Denkweise, selbst wenn diese Absichten politisch verhindert werden sollten. Dies gilt ebenso für die willkürliche Festsetzung von Wohnraumgrößen für Hartz-IV-Empfänger durch Entscheidungen städtischer Ämter. Der Staat demonstriert hier gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen seine durchgreifende Kontrollgewalt.

Das Ausmaß der *Gesellschaftskrise* läßt sich vor allem daran ablesen, inwiefern und wie stark der soziale Zusammenhalt durch die Probleme in den anderen genannten Bereichen mittelbar oder unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen wird. Dies kann sich in Form einer sozialen Spaltung zwischen Arm und Reich vollziehen, einer Entwicklung, die unaufhaltsam zu sein scheint und die die Frage aufwirft, wann dieser schleichende Prozeß in offenen Protest umschlagen wird. Allerdings sind derzeit keine kollektiven Akteure in Sicht, die die soziale Unzufriedenheit mobilisieren und kanalisieren könnten. Zum Beispiel beschränken sich Gewerkschaften, so Friedhelm Hengsbach, zunehmend auf Klientelpolitik und Serviceleistungen für ihre Mitglieder. Dies ist ein Indiz für den erodierenden sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, zumal

auch die großen Kirchen eine beschwichtigende Rhetorik verwenden. Deshalb gilt es die Einstellungsmuster zu elementaren sozialen Normen wie Fairneß, Solidarität und Gerechtigkeit zu untersuchen (vgl. Heitmeyer 2010, S. 31).

Schließlich ist es wichtig zu klären, inwieweit die krisenhaften Erscheinungen in den angesprochenen Bereichen auch Auswirkungen auf das *politische System* haben. Dies gilt zum einen für die Handlungsfähigkeit des Staates, zum anderen für die Bewertung des Zustands unserer Demokratie durch die Menschen. Aus genau diesem Grund haben wir in den einzelnen Folgen dieser Buchreihe immer wieder die verschiedenen Facetten eines Trends beleuchtet, den wir als »Demokratieentleerung« bezeichnet haben.

3. Individuelle Verarbeitungsstrategien

In unseren Untersuchungen in der neunten Folge der *Deutschen Zustände* haben wir uns darauf konzentriert, wie die Menschen die massive Krise seit dem Herbst 2008 individuell verarbeitet haben. Dazu gehörten die *Immunisierungen* durch ein »Weiter so«, indem die Fiktion des Gewinnens gegen die Realität des Verlierens gesetzt wurde (Schmid/Bös 2010; Dalbert/Zick/Krause 2010). Eine andere Strategie läßt sich nach dem Motto: »Der Gesellschaft insgesamt mag es schlecht gehen, aber mir persönlich geht es gut« als *Aufspaltung der Realität* in unterschiedliche Bereiche charakterisieren. Einen weiteren Verarbeitungsmodus, den wir empirisch ermitteln konnten, stellen *kollektive Schuldzuschreibungen* dar, die unter anderem dazu dienen, Wut zu kanalisieren (vgl. Knappertsbusch/Kelle 2010; Becker/Wagner/Christ 2010). *Entmoralisierung* als Aufkündigung des Prinzips der Gleichwertigkeit schwacher Gruppen war eine weitere Variante (Zick/Lobitz/Groß 2010). Die individuellen Verarbeitungsstrategien äußerten sich zudem mit Blick auf die Politik in *Vertrauensentzug* und *Apathie* (Klein/Heitmeyer 2010). Diese Ergebnisse wurden insbesondere bei den Gruppen in den unteren sozialen Lagen sichtbar und standen in einem Zusammenhang mit der Abwertung und Diskriminierung schwacher Gruppen. Die Frage ist nun, wie sich diese Ergebnisse im Fortgang der Krisen verändern und möglicherweise auch für andere Status- und Einkommensgruppen zutreffen.

4. Aktuelle Krisenbedrohung und -betroffenheit

Wie bereits mehrfach angeführt, ist die Art und Weise, wie die Menschen die Krise subjektiv wahrnehmen und inwiefern sie sich davon betroffen oder bedroht fühlen, für unsere Untersuchung von großer Relevanz. Abbildung 1 gibt auf der Basis unserer repräsentativen Bevölkerungsbefragungen[1] einen Überblick über die Entwicklung 2009 und 2010. Wir stehen vor einem uneinheitlichen Bild: Während die persönliche Betroffenheit zugenommen hat, ist die Wahrnehmung einer Bedrohung der eigenen Lebensplanung rückläufig. Ein Grund dafür könnte darin liegen, daß positive Daten zur Situation auf dem Arbeitsmarkt zum Erhebungszeitpunkt Mitte 2010 die Zukunftshoffnungen der Menschen bereits wieder beflügelt haben. Im Gegensatz zur individuellen Lebensplanung läßt sich die allgemeine ökonomische Entwicklung, von der sich 2010 mehr Befragte bedroht sehen als im Vorjahr, nicht durch eigenes Handeln beeinflussen. Von entsprechenden Ängsten berichten etwas mehr als die Hälfte der Befragten.

Diese Betroffenheit bzw. Bedrohung durch die Krise, mit der sich Ängste verbinden, kann sich mit Aggressionen »aufladen«. So geben viele Menschen an, sie stünden »unter Druck«, seien »gereizt« oder sogar »zornig« (Abbildung 2).

Dem sozialen Zusammenleben dürften solche »Mischungen« von Ängsten und Aggressivität eher abträglich sein, ebenso wie die Erosion von Kernnormen wie Solidarität, Fairneß und Gerechtigkeit, obwohl sich die Ergebnisse zwischen 2009 und 2010 (vgl. Abbildung 3) nur unwesentlich verschoben haben.

Abb. 1: Krisenbedrohung und Krisenbetroffenheit 2009/2010 (Angaben in Prozent)

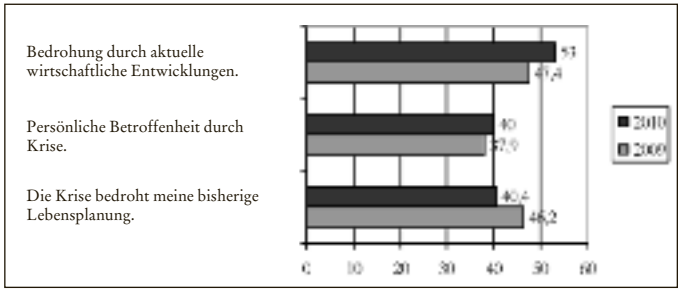


Abb. 2: Aggression und Krisenbedrohung bzw. -betroffenheit (Zustimmung in Prozent)

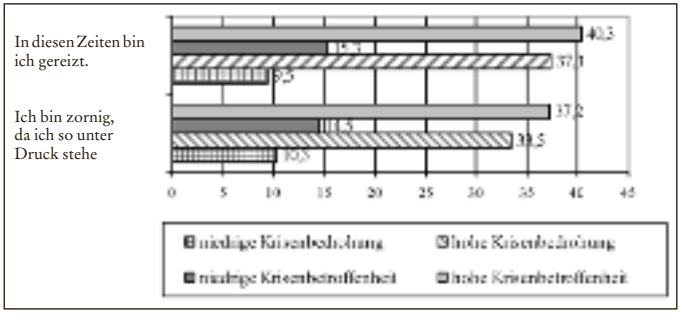
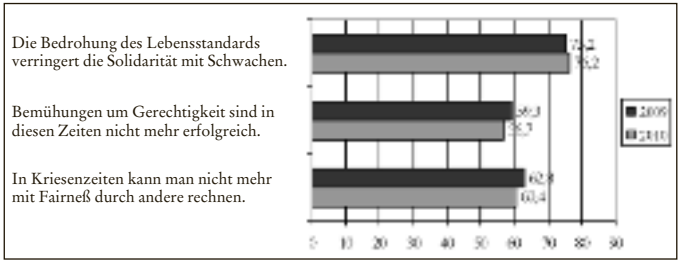


Abb. 3: Kernnormen Solidarität, Gerechtigkeit und Fairneß (Zustimmung in Prozent)



Ein unterschiedliches Ausmaß an subjektiver Bedrohung durch oder Betroffenheit von der Krise macht sich auch im Hinblick auf diese Normen bemerkbar. Die Differenzierung nach Krisenbedrohung bzw. -betroffenheit zeigt eine weitere »Wirkung« im Hinblick auf diese Normen. Sowohl 2009 als auch 2010 zeigen die Krisenbetroffenen wie die sich von Krisen bedroht fühlenden Menschen signifikant höhere Zustimmungsraten zur Erosion dieser für die gesellschaftliche Integration wichtigen Prinzipien als jene, die nicht bedroht oder betroffen sind.

Auch Orientierungslosigkeit – als Ausdruck von Anomia – hinsichtlich der gesellschaftlichen Zustände, die empirisch nachweislich einen gewichtigen Indikator für *Gruppenbezogene Men-*